

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/035(VII)/22			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 22.09.2022	Hansesaal	17:00 Uhr	18:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.07.2022
- 4 Neufassung der Entschädigungssatzung DS0385/22
- 5 Grundsatzbeschluss zum Neubau einer Rettungswache im Stadtteil Neu Olvenstedt DS0396/22
- 6 Aufhebung von Beschlussfassungen zu Gewässerunterhaltungskosten DS0463/22
- 7 Evaluierung zum Konzept zur Umsetzung des Gesetzes zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (Prostituiertenschutzgesetz – ProstSchG) I0148/22

8	Gestalterische und bauliche Maßnahmen an Kreuzungen und Einmündungen in Stadtfeld-Ost	I0166/22
9	Elektrisches Lösch- und Hilfeleistungsfahrzeug (eLHF)	I0188/22
10	Chipseegeräte für die Tierrettung der Magdeburger Feuerwehr	A0082/21
10.1	Chipseegeräte für die Tierrettung der Magdeburger Feuerwehr und das Tierheim	A0082/21/1
10.2	Chipseegeräte für die Tierrettung der Magdeburger Feuerwehr	A0082/21/2
10.3	Streichung im Änderungsantrag A0082/21/2 Chipseegeräte für die Tierrettung der Magdeburger Feuerwehr	A0082/21/2/1
10.4	Chipseegeräte für die Tierrettung der Magdeburger Feuerwehr	S0199/21
11	Ausstellung Frauen in Magdeburg	A0080/22
11.1	Ausstellung Frauen in Magdeburg	S0184/22
12	Entflechtung Rad-/Fußweg an der Elbuferpromenade zwischen Petriförder und Strombrücke	A0087/22
12.1	Entflechtung Rad-/Fußweg an der Elbuferpromenade zwischen Petriförder und Strombrücke	A0087/22/1
12.2	Entflechtung Rad-/Fußweg an der Elbuferpromenade zwischen Petriförder und Strombrücke	S0221/22
13	Miteinander statt Gegeneinander	A0090/22
13.1	Miteinander statt Gegeneinander	S0238/22
14	Bezahlbare Mieten sichern – Mietsteigerungen eindämmen!	A0094/22
14.1	Bezahlbare Mieten sichern – Mietsteigerungen eindämmen!	S0222/22

15	Attraktivität für Kommunalpolitik	A0104/22
15.1	Attraktivität für Kommunalpolitik	S0236/22
16	Magdeburg braucht digitale Dachstrategie	A0105/22
16.1	Magdeburg braucht digitale Dachstrategie	S0254/22
17	Bürgerbeteiligung Straßenbahn nach Ottersleben	A0118/22
17.1	Bürgerbeteiligung Straßenbahn nach Ottersleben	S0243/22
18	Den ÖPNV in Magdeburg erfolgreich in die Zukunft führen	A0120/22
18.1	Den ÖPNV in Magdeburg erfolgreich in die Zukunft führen	S0277/22
19	Änderung Gefahrenabwehrverordnung, § 8 „Baden in Gewässern“	A0121/22
19.1	Änderung Gefahrenabwehrverordnung, § 8 „Baden in Gewässern“	S0229/22
20	Verschiedenes	

Anwesend:

Mitglieder des Gremiums

Hagen Kohl
Olaf Meister
Hans-Joachim Mewes
Tim Rohne
Carola Schumann
Roland Zander

Sachkundige Einwohner/innen

Armin Minkner
Bernhard Sterz
Frank Stiele

Geschäftsführung

Britta Becker

Abwesend:

Vorsitzende/r

Norman Belas

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **stellvertretende Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträtinnen und Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Zander zieht den TOP 12 – Antrag A0087/22 zurück, da sich dieser erledigt hat.

Die so geänderte Tagesordnung wird von den Ausschussmitgliedern angenommen.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.07.2022

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 14.07.2022 wird von den Ausschussmitgliedern bestätigt.

4. Neufassung der Entschädigungssatzung
Vorlage: DS0385/22

Herr Eve, BOB, bringt die Drucksache ein. Er führt aus, dass sich die Änderungen vorwiegend auf den Bereich der Feuerwehr beziehen.

Herr Minkner stellt fest, dass nach der alten Fassung der Satzung im § 2 Abs. 6 13,00 EUR gezahlt werden und nach der neuen Fassung im § 2 Abs. 3 nur noch 10,00 EUR gezahlt werden.

Herr Eve erläutert, dass diese Änderung vorgenommen wurde, um eine Staffelung zu erreichen.

Herr Minkner stellt in Frage, ob das in diesen Zeiten angemessen ist.

Herr Eve führt aus, dass das in anderen Kommunen auch so gehandhabt wird.

Herr Meister schlägt einen Änderungsantrag des KRB-Ausschusses vor, in dem in der neuen Fassung im § 2 Abs. 3 die zu zahlenden 10,00 EUR auf 13,00 EUR abzuändern sind.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:

4 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zur Drucksache in geänderter Form:

6 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

5. Grundsatzbeschluss zum Neubau einer Rettungswache im
 Stadtteil Neu Olvenstedt
 Vorlage: DS0396/22
-

Herr Mehr, Amt 37, bringt die Drucksache ein.

Herr Rohne fragt nach, ob die Gesamtfläche größer ist, als die Gesamtfläche des Klinikums.

Herr Mehr verneint dies. Es handelt sich um einen kleinen Teil der Gesamtfläche.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

6. Aufhebung von Beschlussfassungen zu
 Gewässerunterhaltungskosten
 Vorlage: DS0463/22
-

Frau Kuhle, Amt 30, bringt die Drucksache ein.

Herr Meister ist der Auffassung, dass die Argumentation des Landesverwaltungsamtes in der Beanstandungsverfügung nicht genügend die Auffassung des Stadtrates berücksichtigt. Es fehlt bisher immer noch an einer genauen Wirtschaftlichkeitsanalyse, die z.B. die neu in § 14 KAG LSA geregelte Bagatellgrenze in Höhe von 10 EUR berücksichtigt. Er hat den Wunsch an die Verwaltung, den Anteil der Grundstücke, die unter diese Bagatellgrenze fallen unter Berücksichtigung der Größen der Grundstücke erneut zu ermitteln.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Prüfauftrag an die Verwaltung einverstanden.

Die Drucksache wird auf die Sitzung des Ausschusses am 20.10.2022 vertagt.

7. Evaluierung zum Konzept zur Umsetzung des Gesetzes zum
 Schutz von in der Prostitution tätigen Personen
 (Prostituiertenschutzgesetz – ProstSchG)
 Vorlage: I0148/22
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Gestalterische und bauliche Maßnahmen an Kreuzungen und Einmündungen in Stadtfeld-Ost
Vorlage: I0166/22
-

Herr Herrmann, Amt 61, äußert, dass es sich bei der Vorlage der Verwaltung um eine Zwischeninformation handelt.

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

9. Elektrisches Lösch- und Hilfeleistungsfahrzeug (eLHF)
Vorlage: I0188/22
-

Herr Mehr führt zur Informationsvorlage der Verwaltung aus. Der in der Vorlage erwähnte Termin, 23.08.2022, fand leider nicht statt, da das Fahrzeug Magdeburg nicht erreichte. Ein neuer Termin wird mit der Firma vereinbart.

Herr Sterz fragt nach ob das Fahrzeug bei Echteinsetzungen oder nur bei Testeinsetzungen zum Einsatz kommt.

Herr Mehr äußert, dass das Fahrzeug sicherlich nicht im Rahmen des Ersteingriffes zum Einsatz kommt. Die Kameraden müssen sich mit dem Fahrzeug erst einmal vertraut machen.

Herr Zander richtet die Bitte an die Verwaltung, die Stadträte über den nächsten Termin zu informieren.

Herr Mehr äußert, dass schon bei dem ersten Termin der Hof der Feuerwehr von umliegenden Feuerwehren voll war. Er wird selbstverständlich die Fraktionen über den Termin in Kenntnis setzen.

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

10. Chiplesegeräte für die Tierrettung der Magdeburger Feuerwehr
Vorlage: A0082/21
-

Herr Mehr informiert, dass das Amt 37 eine anonyme Spende erhalten hat. Mit dieser Spende soll ein Chiplesegerät angeschafft werden.

Abstimmungsergebnis zum A0082/21 in geänderter Form:

3 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

- 10.1. Chiplesegeräte für die Tierrettung der Magdeburger Feuerwehr
und das Tierheim
Vorlage: A0082/21/1
-

Über den Änderungsantrag A0082/21/1 wird wie folgt abgestimmt:

3 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

- 10.2. Chiplesegeräte für die Tierrettung der Magdeburger Feuerwehr
Vorlage: A0082/21/2
-

Über den Änderungsantrag A0082/21/2 wird wie folgt abgestimmt:

0 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

- 10.3. Streichung im Änderungsantrag A0082/21/2 Chiplesegeräte für
die Tierrettung der Magdeburger Feuerwehr
Vorlage: A0082/21/2/1
-

Über den Änderungsantrag A0082/21/2/1 wird wie folgt abgestimmt:

2 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
2 Enthaltungen

- 10.4. Chiplesegeräte für die Tierrettung der Magdeburger Feuerwehr
Vorlage: S0199/21
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

11. Ausstellung Frauen in Magdeburg
Vorlage: A0080/22
-

Frau Schumann informiert, informiert, dass im Kulturausschuss einzeln über die Punkte abgestimmt wurde. Sie bittet auch hier um Einzelabstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Absatz 1 5 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Absatz 2 5 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Absatz 3 1 Ja-Stimme
 3 Nein-Stimmen
 2 Enthaltungen

Absatz 4 1 Ja-Stimme
 3 Nein-Stimmen
 2 Enthaltungen

11.1. Ausstellung Frauen in Magdeburg
 Vorlage: S0184/22

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

12. Entflechtung Rad-/Fußweg an der Elbuferpromenade zwischen
 Petriförder und Strombrücke
 Vorlage: A0087/22

Zurückgezogen!

12.1. Entflechtung Rad-/Fußweg an der Elbuferpromenade zwischen
 Petriförder und Strombrücke
 Vorlage: A0087/22/1

Zurückgezogen!

12.2. Entflechtung Rad-/Fußweg an der Elbuferpromenade zwischen
 Petriförder und Strombrücke
 Vorlage: S0221/22

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

13. Miteinander statt Gegeneinander
 Vorlage: A0090/22

Herr Rohne bringt den Antrag ein. Er bittet um Zustimmung zum Antrag.

Herr Herrmann, Amt 61, äußert, dass die Verwaltung schon sieht, dass hier einiges im Sinne des Antrages passiert. Die Verwaltung ist bereit, so eine Kampagne durchzuführen, aber nicht in so großem Umfang.

Herr Mewes äußert, dass man gegen den Antrag nichts sagen kann. Ihm selbst fehlt jedoch der persönliche Glaube, dass sich die Sache in Magdeburg umsetzen lässt.

Frau Schumann ist der Auffassung, dass von der Stellungnahme ausgehend die Fußgänger vollkommen vergessen wurden. Soll die Kampagne zielführend sein, sollten mehr Personen mit eingebunden werden, z.B. Schulen.

Herr Zander äußert, dass ohne Geld nichts funktioniert. Er findet, dass auch die Elektro-Roller dazu gehören.

Herr Meister ist bei der Sache skeptisch. Er glaubt nicht, dass dies zielführend ist.

Herr Herrmann vertritt die Meinung, dass sich die Kampagne an alle Verkehrsteilnehmer richten muss.

Herr Rohne hält die Position des ADFC für komisch. Meistens sind es doch nur Bequemlichkeiten. Es kann auch gern eine kleinere Kampagne werden. Hauptsache sie ist zielführend.

Herr Minkner ist bei der ganzen Sache skeptisch. Es sollten sich bestimmte Punkte anhand der aktuellen Verkehrssituation angesehen werden. Es muss sich die bauliche Situation insgesamt angeschaut werden.

Frau Schumann ist der Auffassung, dass bei der Problemsituation, die gerade angesprochen wurde, auch kein Plakat helfen wird. Die Idee ist super.

Herr Sterz äußert, dass der Text des Antrages auf alle Verkehrsteilnehmer abzielt.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

13.1. Miteinander statt Gegeneinander
Vorlage: S0238/22

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

14. Bezahlbare Mieten sichern – Mietsteigerungen eindämmen!
Vorlage: A0094/22

Herr Mewes bringt den Antrag ein. Er hält den Antrag für selbstredend.

Herr Herrmann informiert, dass Magdeburg in der Vergangenheit immer ein Mietermarkt gewesen ist. Der Leerstand im Geschossbau liegt momentan bei 10 %. Durch Neubau würde der Leerstand sogar auf 14,5 % steigen. Der Wohnungsmarkt in Magdeburg wird also entspannt bleiben. Die Stadt erstellt gegenwärtig einen Mietspiegel.

Frau Schumann vertritt die Meinung, dass auf den Mietspiegel gewartet werden sollte. Wenn die einbringende Fraktion den Antrag nicht zurückzieht, muss dieser abgelehnt werden.

Herr Mewes spricht sich ebenfalls dafür aus, auf den Mietspiegel zu warten.

Herr Meister hält die Zielrichtung des Antrages für ok. Er plädiert ebenfalls dafür, auf den Mietspiegel zu warten. Er wird sich bei der Abstimmung enthalten.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

14.1. Bezahlbare Mieten sichern – Mietsteigerungen eindämmen!
Vorlage: S0222/22

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

15. Attraktivität für Kommunalpolitik
Vorlage: A0104/22

Herr Rohne bringt den Antrag ein.

Frau Mard, Bereich Kinderbeauftragte, bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Herr Zander vertritt die Meinung, dass der Antrag nicht in den Ausschuss gehört. Jede Partei kümmert sich selbst um seinen eigenen Nachwuchs.

Herr Mewes hält den Inhalt des Antrages sowie die Ausführungen von Herrn Zander für richtig. Er versteht nicht, warum die Schulen hier wieder die Verantwortlichen sein sollen. Ihnen interessieren die Ergebnisse (nach ca. 1 Jahr).

Frau Thäger, Kinderbeauftragte, äußert, dass selbstverständlich im Ausschuss über die Ergebnisse berichtet wird. Es sollen erst einmal alle mit einbezogen werden.

Frau Schumann legt dar, dass die Gruppe sich erst einmal überlegen sollte, welches Format die Sache haben soll. Es sollte nicht zu weit verzweigt werden.

Herr Meister äußert, dass vielen Bürgern nicht klar ist, was die Stadträtinnen und Stadträte eigentlich tun. Er findet die Sache interessant.

Herr Sterz hält die Sache für gut, den Kindern und Jugendlichen die Sache näher zu bringen. Er fragt nach, wie die Diskussion in den anderen Ausschüssen war.

Frau Mard informiert, dass der Jugendhilfeausschuss nicht so lebhaft diskutiert hat, wie der KRB-Ausschuss.

Herr Rohne äußert, dass der Antrag seinen Ursprung im sogenannten Rathaustag hat.

Herr Kohl sieht nicht, dass es hier ein Angebotsdefizit gibt. Er sieht hier keine Notwendigkeit.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

15.1. Attraktivität für Kommunalpolitik
Vorlage: S0236/22

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

16. Magdeburg braucht digitale Dachstrategie
Vorlage: A0105/22

Herr Rohne bringt den Antrag ein.

Frau Kirchner, Amt 12, bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Die Stellungnahme unterstützt den Antrag. Es existiert in der Stadt bereits eine IUK-Strategie. Diese wird jetzt auf IUK- und Digitalisierungsstrategie erweitert. Ein Teil des Antrages beinhaltet die Bildung einer Arbeitsgruppe. Die Verwaltung begrüßt dies. Die Arbeitsgruppe soll aus unterschiedlichen Experten bestehen.

Frau Schumann äußert, dass die Digitalisierung ein wichtiger Teil in der Verwaltung ist. Sie versteht nicht, wieso jetzt wieder eine Arbeitsgruppe gebildet werden soll. Sie stellt den Änderungsantrag, den Passus „eine Arbeitsgruppe für ein digitales Magdeburg“ aus dem Antragstext zu streichen.

Herr Rohne befindet die Arbeitsgruppe für gut. Sie sollte den Stadträtinnen und Stadträten 1-2 mal pro Jahr über Neuerungen unterrichten. Die Arbeitsgruppe kann auch anders benannt werden.

Wenn es nur um Berichterstattungen geht, so **Frau Schumann**, dann braucht keine Arbeitsgruppe gebildet werden.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag von Frau Schumann:

3 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zum Antrag:

3 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

16.1. Magdeburg braucht digitale Dachstrategie
Vorlage: S0254/22

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

17. Bürgerbeteiligung Straßenbahn nach Ottersleben
Vorlage: A0118/22

Herr Zander bringt den Antrag ein.

Herr Heine, Amt 61, berichtet, dass sich die Untersuchung noch in der Fertigstellung befindet. Auftraggeber ist die MVB. Die Verwaltung rechnet mit der Fertigstellung im Oktober diesen Jahres.

Frau Schumann kann den Antrag nachvollziehen. Es sollte die Machbarkeitsstudie abgewartet werden, um zu sehen, was überhaupt sinnvoll ist. Der Antrag hat primär nichts mit Intel zu tun. Erst nach Vorlage der Machbarkeitsstudie sollten die Bürger mit einbezogen werden.

Herr Zander äußert, dass die Sache mit enorm hohen Kosten verbunden ist. Wo soll das ganze Geld hergenommen werden.

Herr Rohne versteht den Antrag überhaupt nicht. Die Verwaltung hat eindeutig gesagt, bevor die Machbarkeitsstudie nicht vorliegt, kann keine Bürgerbeteiligung erfolgen.

Herr Minker stimmt Herrn Rohne zu. Wo soll die Bürgerbefragung erfolgen. Es betrifft nicht nur Ottersleben. Es betrifft alle Magdeburger Bürger.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

17.1. Bürgerbeteiligung Straßenbahn nach Ottersleben
Vorlage: S0243/22

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

18. Den ÖPNV in Magdeburg erfolgreich in die Zukunft führen
Vorlage: A0120/22

Herr Zander bringt den Antrag ein. Er bittet um Vertagung des Antrages auf die nächste Sitzung. Hierzu sollte dann BG VI mit eingeladen werden.

Herr Rohne stellt sich die Frage, was Herr Rehbaum jetzt dazu sagen soll. Er versteht den ganzen Antrag nicht.

Herr Meister stellt die Frage, ob der Ausschuss, dem Wunsch von Stadtrat Zander folgend, die Teilnahme von BG VI auf der nächsten Sitzung erbitten soll, zur Abstimmung.

2 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Herr Zander beschwert sich über die Verfahrensweise in diesem Ausschuss. Es kann nicht sein, dass der Ausschuss darüber abstimmt, wenn ein Stadtrat möchte, dass ein Beigeordneter zur nächsten Sitzung eingeladen wird.

Herr Mewes hält eine Stellungnahme der MVB für hilfreich.

Herr Heine informiert, dass die Stellungnahme der Verwaltung maßgeblich auf der Stellungnahme der MVB basiert.

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt. Es obliegt der Verwaltung, ob der BG VI an der Sitzung teilnimmt.

18.1. Den ÖPNV in Magdeburg erfolgreich in die Zukunft führen
Vorlage: S0277/22

Vertagung!

19. Änderung Gefahrenabwehrverordnung, § 8 „Baden in Gewässern“
Vorlage: A0121/22

Herr Zander bringt den Antrag ein.

Herr Meister äußert, dass es sich hier um eine sehr alte Debatte handelt. Das Risiko, das hier etwas passiert, ist sehr hoch. Er kann die Stellungnahme der Verwaltung nachvollziehen.

Herr Sterz weist auf das versicherungsrechtliche Problem hin. Der Kommunale Schadenausgleich hat hier ein sehr wachsames Auge drauf.

Herr Minkner findet es gut, dass über so einen Antrag diskutiert wird. Er hält die Stellungnahme der Verwaltung für schade. Die Verwaltung sollte mit dem Ziel prüfen, das an der einen oder anderen Stelle das Baden erlaubt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

- 19.1. Änderung Gefahrenabwehrverordnung, § 8 „Baden in Gewässern“
Vorlage: S0229/22
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

20. Verschiedenes
-

Sitzungstermine 2023

Die Ausschussmitglieder bestätigen die Sitzungstermine für das Jahr 2023.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Olaf Meister
stellv. Vorsitzender

gez. Britta Becker
Schriftführerin